



MONITOR RELIGION UND POLITIK

WELCHER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND?

Thomas Volk

In aller Kürze ...

- Die aktuelle Flüchtlingspolitik beflügelt die Debatte darüber, ob und in welcher Ausprägung der Islam zu Deutschland gehört.
- Die Mehrzahl der mehr als 1 Mio. Flüchtlinge kommt aus Syrien, Afghanistan und dem Irak und ist muslimisch. Sollte der Zuwachs sich gleichbleibend fortsetzen, könnte Deutschland in wenigen Monaten die größte muslimische Gemeinschaft innerhalb der Europäischen Union haben.
- Durch den Zustrom der Flüchtlinge wird der Islam in Deutschland zukünftig weniger türkisch und stärker arabisch geprägt sein.
- Es gibt nicht „den“ Islam. Es gibt im Islam verschiedene Denominationen und Rechtsschulen. Nicht alle kulturell-ethnischen Ausprägungen des Islams sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kompatibel.
- Islamismus ist eine politische Ideologie und gehört als solche nicht zu Deutschland. Die meisten Opfer von Islamisten sind Muslime selbst.
- Die Vielstimmigkeit des Islams in Deutschland muss wahrgenommen und gestärkt werden.

„Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“¹ Mit dieser wirkmächtigen Aussage, „Der Islam gehört zu Deutschland“, löste der frühere Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 eine kontroverse und überfällige Diskussion über den Stellenwert „des“ Islam in Deutschland aus. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, positioniert sich ebenfalls eindeutig und stellte fest: „Der Islam ist nicht Teil unserer Tradition und Identität in Deutschland und gehört somit nicht zu Deutschland“, um im gleichen Zeitungsinterview deutlich herauszustellen „Muslime gehören aber sehr wohl zu Deutschland. Sie genießen selbstverständlich als Staatsbürger die vollen Rechte.“² Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, betonte während des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu Anfang Januar 2015 in Berlin: „Der Islam gehört zu Deutschland – und das ist so, dieser Meinung bin ich auch“³ und beflügelte mit dieser kategorischen Aussage die Diskussion darüber, ob nun der Islam in seiner gesamten Facettenvielfalt oder nicht vielmehr die hier lebenden Muslime als deutsche Staatsbürger mit islamischer Religionszugehörigkeit zu Deutschland gehören.

Die aktuelle Diskussion über die gegenwärtige Flüchtlingspolitik und die jüngsten Ereignisse der Silvesternacht unterstreichen abermals, dass nach wie vor kontroverse Ansichten über die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland vorherrschen. Etwa 1,1 Mio. Flüchtlinge sollen im Jahr 2015 in Deutschland Zuflucht gefunden haben. Die meisten von ihnen stammen aus Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan und dem Irak. Während eine Gewissheit darüber, wer tatsächlich in den vergangenen Monaten aus welchen Gründen nach Deutschland kam, welche Bildungs- und Sozialisationserfahrungen die Eingereisten mitbringen und wie die zu bewältigende Integrationsherausforderung umzusetzen sein wird, noch immer nicht vorliegt, kann doch eines sicher konstatiert werden: Die überwältigende Mehrheit der mehr als eine Million Menschen, die 2015 nach Deutschland kamen, sind Muslime.

Zwei Tendenzen des Jahres 2016

Daher lassen sich zu Beginn des Jahres 2016 zwei Tendenzen festhalten: Erstens, der muslimische Bevölkerungsanteil in Deutschland wächst schneller als vor 2015 in allen Prognosen vorhergesagt. Zweitens, der zukünftige Islam in Deutschland wird weniger türkisch, sondern stärker arabisch geprägt sein. Einer im Auftrag der Deutschen Islam

¹ http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Redde.html (28.10.2014).

² <http://www.welt.de/politik/deutschland/article106201159/Der-Islam-gehört-nicht-zu-Deutschland.html> (28.10.2014).

³ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/angela-merkel-islam-deutschland-wulff> (16.02.2015).

Konferenz (DIK) erstellten Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge, betrug der Anteil von Muslimen an der deutschen Gesamtbevölkerung im Jahr 2009 etwa fünf Prozent. Die Studie ging damals davon aus, dass sich dieser Anteil bis 2030 auf etwa sieben Prozent erhöhen dürfte.⁴ Im Januar 2016 scheint es wahrscheinlich, dass die Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime von vormals ca. vier Millionen binnen eines Jahres mindestens um ein Viertel gewachsen ist. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, könnte Deutschland bereits in wenigen Monaten die größte muslimische Gemeinschaft innerhalb der Europäischen Union (EU) aufweisen. Bisher leben die meisten Muslime innerhalb der EU proportional zur Bevölkerung gesehen noch immer in Frankreich.

Da die überwiegende Mehrzahl der in Deutschland Schutz Suchenden aus der Levante und Afghanistan zu uns kommen, wird sich die ethnische Gewichtung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland verändern. Bisher waren 63 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime türkischstämmig – durch irakische, syrische und afghanische Muslime wird der Islam in Deutschland folglich heterogener und das Erscheinungsbild vielfältiger. Es wird daher auch interessant sein zu verfolgen, ob und wenn ja, welche Folgen diese Heterogenität innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland haben wird. Wird es längerfristig etwa neue Organisationsformen der arabischstämmigen Muslime in Deutschland geben, oder schließen sich die in Deutschland bleibenden Muslime bestehenden Interessenverbänden an? Wird der Einfluss islamischer Interessenverbände, die nach wie vor stark von der Türkei aus mit beeinflusst werden, abnehmen? Vor allem: Wie verändert diese so rasch anwachsende muslimische Gemeinschaft in Deutschland das Bild des Islams und der Muslime bei uns?

Wie steht es also um die gesellschaftliche Akzeptanz des Islams in der Bundesrepublik und welche Themen dominieren das derzeitige Islambild in Deutschland? In welchen Erscheinungsformen präsentiert sich der Islam? Muss nicht deutlicher zwischen den islamischen Strömungen unterschieden werden, um genauer formulieren zu können, welcher Islam tatsächlich zu Deutschland gehört bzw. gehören sollte?

Die Mehrheit der Deutschen sieht den Islam als Bedrohung an

Im Sommer 2014 sorgte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Wochenzeitschrift „Stern“ für Aufsehen, wonach 52 Prozent der Befragten der Meinung waren, der Islam gehöre nicht zu Deutschland und sich lediglich 44 Prozent der Aussage des früheren Bundespräsidenten Wulff anschlossen. In der Altersgruppe der 14- bis 29-jährigen hingegen betrachten 61 Prozent der Befragten den Islam als selbstver-

⁴ Siehe: Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb06-muslimisches-leben.pdf;jsessionid=55EFD614BECC0E6488E2B1C2C188A168.1_cid359?__blob=publicationFile (08.01.2016).

ständlichen Teil Deutschlands, eine womöglich erste Tendenz für ein sich zukünftig normalisierendes Verhältnis der Deutschen zum Islam.

Eine aufschlussreiche Analyse über das Verhältnis der nicht-muslimischen Deutschen zum Islam bietet vor allem die Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung vom Januar 2015. Darin heißt es zusammenfassend: „Obwohl Muslime mittlerweile in Deutschland heimisch geworden sind, lehnt die deutsche Mehrheitsbevölkerung Muslime und den Islam zunehmend ab. Über die Hälfte der Bevölkerung nimmt den Islam als Bedrohung wahr und ein noch höherer Anteil ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Diese Ablehnung des Islams hat in den letzten zwei Jahren noch deutlich zugenommen.“⁵ Demnach empfinden 57 Prozent der befragten nicht-muslimischen Deutschen den Islam als bedrohlich, für 61 Prozent passte der Islam allgemein nicht zur westlichen Welt.⁶ Selbst wenn die Erklärungsmuster für das erkennbar wachsende Gefühl eines gewissen Unbehagens gegenüber dem Islam in den letzten Jahren vielfältig sein dürften, trägt die öffentliche Wahrnehmung eines scheinbar gewaltbereiten Islam wahrscheinlich auch zu dieser steigenden Skepsis gegenüber dem Islam bei. Besonders Pauschalisierungen und Stereotype tragen zur Verunsicherung gegenüber Muslimen bei und sind Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer Kreise. Dagegen gilt festzuhalten: Die überwiegende Mehrzahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge ist vor diktatorischen und menschenverachtenden Zuständen geflohen. In der muslimisch geprägten Welt sind die meisten Opfer von islamistischen Bewegungen Muslime selbst.

Islamismus gehört nicht zu Deutschland

Die Menschen sind irritiert, wenn in den Medien nahezu täglich über Grausamkeiten von islamistischen Terrororganisationen wie der Shabaab-Miliz in Somalia, der Boko Haram in Nigeria, den Muslimbrüdern in Ägypten, der Hamas im Gaza-Streifen, der Hisbollah im Libanon, der Al-Kaida auf der arabischen Halbinsel und schließlich von deren jüngster Abspaltung, dem „Islamische Staat“ (IS), berichtet wird. Sie fragen sich, was Unterdrückung, Vergewaltigung, Mord und Barbarei mit dem Islam zu tun haben, aus den Reihen der islamischen Geistlichkeit erwarten sie lautere und eindeutige Stimmen der Distanzierung und Ablehnung dieser Taten. Die Antwort müsste unmissverständlich sein: Der Islam wird von Islamisten für deren ideologische Zwecke instrumentalisiert. Gleichzeitig stellt sich die Frage, weshalb das so sein kann. Es verwundert und ängstigt Menschen außerdem, dass sich den schätzungsweise 30.000 Kämpfern der IS-Terrororganisation mindestens 3000 aus Europa stammende Islamisten angeschlossen haben, darunter

⁵ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (16.02.2015).

⁶ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf. Seite 8. (16.02.2015).

mehr als 700 aus Deutschland. Die islamistisch motivierten Terroranschläge von Paris im Januar und November 2015 beunruhigen die Menschen verständlicherweise zusätzlich, da der Terror im Namen des Islams auch in europäischen Hauptstädten angekommen ist.

In islamischen Quellen – wie in anderen Religionen auch – existieren durchaus Passagen, die zur Legitimation von Gewalt herangezogen werden können. Wer behauptet, es gäbe im Koran keinerlei zu Gewalt aufrufende Suren und der Islam sei ausschließlich eine Religion des Friedens, übersieht die Textstellen in den islamischen Quellen, die durchaus als gewaltlegitimierend missbraucht werden können. Nur wer die Offenbarungsschrift der Muslime historisch-kritisch in den Kontext ihrer Entstehungsgeschichte einbettet, kann sich von den teilweise Gewalt legitimierenden Suren lösen.⁷ Zur größeren Anerkennung des Islams in Deutschland würde daher auch beitragen, wenn muslimische Theologen und Vertreter von Islamverbänden nicht reflexartig nach jedem islamistischen Anschlag beteuern würden, solche Taten hätten nichts mit dem Islam zu tun. Vielmehr sollten sie offensiv und kritisch die Diskussion darüber mitgestalten, weshalb irreführende Extremisten sich auf diese Religion berufen. Muslime könnten viel selbstbewusster betonen, dass die überwältigende Mehrheit der 1,6 Milliarden Anhänger des Islams friedlich ihrer Religionsausübung nachgehen und nur weniger als ein Prozent einem fundamentalistischen Gedankengut Folge leistet.

Es gibt nicht „den“ Islam

Wenn schon der Islamismus vielfältig ist, gilt das umso mehr für den Islam selbst, der nicht als monolithisch missverstanden werden darf. Islamismus und Islam sind jeweils als eigene konstitutive Welten vielschichtig und komplex. Die Begrifflichkeit Islam ist vielseitig und beschreibt neben einer Religion ebenso eine Weltanschauung, ein Rechtssystem und Wirtschaftsdenken. Neben verschiedenen Denominationen wie Sunniten und Schiiten, umfasst der Begriff auch unterschiedliche Rechtsschulen und Gedankenwelten. Dieser differenzierende Ansatz des Islams führt jede Pauschalisierung ad absurdum und würde der Komplexität des Islams nicht gerecht. Es gibt nicht „den“ Islam.

Ein Blick auf die Situation in Deutschland verdeutlicht bereits die Vielfalt muslimischen Lebens: In Deutschland lebten bereits vor 2015 zwischen 3,8 und 4,3 Mio. Muslime, davon besaß etwa die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit. 63 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime haben einen türkischstämmigen Hintergrund, 74 Prozent bekennen sich zur sunnitischen und 7 Prozent zur schiitischen Glaubensausrichtung im Islam. 13 Prozent gelten als Aleviten. Außerdem zählt die Ahmadiyya-Gemeinde ca. 30.000 Mitglieder in Deutschland. Als einzige islamische Gemeinschaft ist sie in Hessen und seit

⁷ Volk, Thomas (2015): Islam-Islamismus. Eine Klärung in aufgeregten Zeiten. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente, Nr. 164. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_40120-544-1-30.pdf?150219152802 (11.01.2016).

2014 in Hamburg als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Der muslimische Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug demnach zwischen 4,6 und 5,3 Prozent. In den vier großen Islamverbänden organisieren sich maximal 15 bis 20 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime, die überwältigende Mehrheit praktiziert ihren Glauben ohne Anbindung an einen der ethnisch-kulturell geprägten Interessenverbände.

Es gibt acht Rechtsschulen und mehrere Strömungen im Islam

Entscheidend ist, dass es auch unter den Muslimen in Deutschland keine zentrale oder gar legitimierte Sprachinstanz gibt und sich das Islamverständnis nach der jeweiligen Lehrtradition (madhhab) richtet. Im Allgemeinen lassen sich heute acht unterschiedliche Rechtsschulen im Islam kategorisieren: Neben der besonders strengen Auslegung der Zahiriya, die heutzutage praktisch keine Unterstützer mehr findet, und der Ibadiya, die lediglich im Oman noch als Mehrheitsislamauslegung fungiert, sind besonders die zwei schiitischen (Dschafariya und Zaidiya) und die vier sunnitischen (hanafitisch, malikitisch, schafiitisch, hanbalitisch) Rechtsschulen von Relevanz. Etwa die Hälfte der Sunniten weltweit folgt der hanafitischen Rechtsschule der sunnitischen Islamtradition, die daher als die dominierende Lehrschule gilt. Die in Deutschland lebenden sunnitischen Muslime mit mehrheitlich türkischstämmigem Hintergrund folgen ebenso dieser Islamauslegung, die neben Koran und Sunna auch das Suchen nach einem Konsensus islamischer Rechtsgelehrter und das Abwägen durch Analogieschlüsse (qiyas) impliziert.

Ohne auf die vielfältigen Besonderheiten der unterschiedlichen Rechtsschulen im Detail einzugehen, können folgende Beispiele aus der praktizierten Auslegung ausgewählter islamischer Rechtsschulen dazu dienen, sich ein differenzierteres Bild über die Vielfalt des Islams zu machen. Gehört z. B. die dschafaritische Islamtradition, wie sie in der Islamischen Republik Iran praktiziert wird und bei der Homosexuellen die Todesstrafe droht und göttliches über weltlichem Recht steht, zu Deutschland? Zählt die kleinste Rechtsschule der Hanbaliten, wie sie im wahhabitisch geprägten Königreich Saudi-Arabien praktiziert wird und in deren Namen bei Ehebruch die Steinigung und bei Diebstahl das Abtrennen von Gliedmaßen droht, zu Deutschland? Und passt selbst die als liberal geltende hanafitische Rechtsschule, die u. a. in der Türkei zur Geltung kommt, auch dann bedingungslos zu Deutschland, wenn der oberste Geistliche der Türkischen Republik wiederholt Frauen dazu aufruft, sich nicht zu freizügig zu kleiden, ein keusches Leben zu führen und wie Anfang Januar 2016 beschlossen, auch verlobte Paare öffentlich nicht Händchen halten dürfen?

So selektiv die Beispiele auch scheinen mögen, so nachweisbar repräsentieren sie eine ebenfalls praktizierte Islamauslegung. Die Beispiele sollen die These verdeutlichen, dass eine pauschale Aussage wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ bei vielen negative Asso-

ziationen aufkommen lässt und sich viele fragen, welcher Islam nun eigentlich zu Deutschland gehört.

Die Antworten können vielfältig und kontrovers sein. In einer offenen Debatte zwischen Muslimen und der nicht-muslimischen Bevölkerungsmehrheit muss angesprochen werden, dass sich Muslime in Deutschland und islamische Verbände kritischen Fragen stellen und kritische Äußerungen zulassen sollten. Elementare Grundrechte wie Meinungs-, Kunst-, Glaubens- und Pressefreiheit sind wesentliche Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und nicht verhandelbar. Diesen Grundrechten muss sich ein in Deutschland gelebter Islam selbstverständlich anpassen (können). Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Schutz von Minderheiten zählen ebenso zu unserem nicht verhandelbaren Wertekanon wie der unbedingte Schutz der Religionsfreiheit. Hierzu zählt auch, dass sich Menschen in Deutschland ohne Furcht vor Einschränkungen dazu bekennen können, keiner Religion anzugehören. Dieses Wertegerüst gilt es, selbstbewusst unmittelbar und ohne Einschränkungen in Deutschland neuankommenden Menschen zu vermitteln.

Es könnten nun zahlreiche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit angeführt werden, die als Belege einer stellenweise unbefriedigenden Integration des Islams in Deutschland verstanden werden könnten. So echauffierte sich Ende 2014 etwa ein aus Osnabrück kommender Muslim über einige Aussagen des Kabarettisten Dieter Nuhr und bezichtigte den Künstler aufgrund der Aussage „Wenn man nicht wüsste, dass der Koran Gottes Wort ist, könnte man meinen, ein Mann hätte ihn geschrieben“ der Hetze und der Verletzung religiöser Gefühle. Obschon das Ermittlungsverfahren gegen Nuhr eingestellt wurde, zeigt dies doch eine wiederkehrende Symptomatik in der Debatte über den Stellenwert des Islams in Deutschland. Sei es die Weigerung deutscher Medienhäuser, die Karikaturen des dänischen Zeichners Kurt Westergaard, der 2005 mit Zeichnungen des Propheten Muhammad international für Aufregung sorgte, abzubilden oder die Absetzung einer Inszenierung von Mozarts Oper „Idomeneo“ in einer Art vorauseilendem Gehorsam gegenüber etwaigen Bedenken muslimischer Verbände in Berlin 2006. Es entsteht der Eindruck, dass bei Themen rund um den Islam viel zu oft eine selbstzensierende Schere im Kopf existiert und konstruktive Kritik – geschweige denn Satire – aus Furcht möglicher Konsequenzen vermieden wird.

Diese Haltung ist besorgniserregend und obendrein unfair. Weshalb sollten Muslime weniger Kritikfähigkeit besitzen als Anhänger anderer Religionsgemeinschaften? Weshalb sollten für die überwältigende Mehrheit der Muslime nicht auch die Presse- und Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Glaubensausrichtung von höherem Wert sein, als die fanatische Minderheitenposition mancher Fundamentalisten? Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn mahnte in der Debatte um Nuhr im Herbst 2014 zu

Recht: „Der Islam gehört erst wirklich dann zu Deutschland, wenn man über ihn Witze machen darf, ohne angezeigt oder bedroht zu werden.“

In den oben genannten Fällen wurde präventiv eine Beschneidung der Meinungs- und Kunstfreiheit vorgenommen, um möglichen Konfrontationen mit Muslimen vorbeugend aus dem Weg zu gehen. Die Absage des Karnevalumzugs in Braunschweig im Februar 2015 oder eines Länderspiels der deutschen Nationalmannschaft im November 2015 in Hannover aufgrund einer konkreten islamistischen Anschlagplanung sind ebenfalls herbe Rückschläge für das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Stimmen der muslimischen Vielfalt stärken

Die Lehrstühle für Islamische Theologie an deutschen Universitäten tragen eine große Verantwortung bei der Klärung der Frage, welcher Islam zu Deutschland gehört. Sie sollten die Chance der aktiven Mitgestaltung nutzen, um durch eine historisch-kritische Koranexegese auch diese Debatte mit Leben zu erfüllen. Gerade in jüngster Zeit melden sich vermehrt muslimische Intellektuelle und Wissenschaftler in Deutschland zu Wort und verändern durch ihre Beiträge ebenso das Bild des vermeintlich einheitlichen Islams in Deutschland. Die anregende Rede „Über die Grenzen – Jacques Mourad und die Liebe in Syrien“⁸ des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Navid Kermani, sei hier nur beispielhaft genannt. Gleichwohl darf diese vor allem im Bildungsbürgertum geführte Diskussion über das aktuelle Erscheinungsbild des Islams nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine offene Auseinandersetzung mit islamischen Schriften innerhalb der muslimischen Gemeinschaft selbst verstärkt geführt werden müsste, dies in der muslimisch geprägten Welt bis dato allerdings weitgehend ausbleibt.

Die Vielfältigkeit islamischer Strömungen ist evident und eine verallgemeinernde Feststellung – auch rhetorischer Natur – wenig zweckdienlich. Der Journalist Mehmet Ata formulierte in einem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bereits im Februar 2015 fünf Thesen für einen deutschen Islam. Ata betont: „Unter Muslimen herrscht eine Scheu, über einen deutschen Islam zu diskutieren“ und schlägt gleichzeitig vor, dass ein deutscher Islam deutschsprachig sein, die Gedanken der Freiheit und Toleranz in sich tragen und die spezifisch deutsche Geschichte mitdenken müsse.⁹ Interessant ist, dass eine große Anzahl der in Deutschland lebenden Muslime diese Ansprüche bereits erfüllt, es allerdings jenseits der etablierten Interessenverbände noch zu wenige wahrnehmbare Multiplikatoren für diesen gelebten deutschen Islam gibt. Die Gründung des „Muslimischen Forums Deutschland“ im Frühjahr 2015 ist daher ein begrüßenswerter Fortschritt, da sich in dieser zivilgesellschaftlichen Plattform Sunniten, Schiiten, Aleviten

⁸ Siehe die Rede von Navid Kermani unter: <http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/819312/> (11.01.2016).

⁹ Ata, Mehmet (2015): Fünf Thesen für einen deutschen Islam. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fuenf-thesen-fuer-einen-deutschen-islam-13402218.html> (02.02.2015).

und weitere Unterstützer zusammen geschlossen haben, um jenseits aller ethnischen, religiösen und sozialen Trennlinien über praktische Fragen der muslimischen Lebenswirklichkeit in Deutschland zu sprechen.

Wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und die freiheitlich-demokratische Grundordnung akzeptiert, zählt ohne jeden Zweifel zu Deutschland. In einem säkularen Rechtsstaat darf die religiöse Orientierung eines Menschen keine Rolle spielen. In einem säkularen Rechtsstaat gilt die Treue zur Verfassung und nicht zu einer Religion. Diese Botschaft gilt es auch in Deutschland neuankommenden Menschen deutlich zu kommunizieren und die Anerkennung dieser Regeln einzufordern.

Eine ursprüngliche Fassung dieses Artikels ist erschienen in: Die Politische Meinung, Ausgabe 531 (2015), Islam und Islamismus – Diagnosen, Kontexte, Konsequenzen. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

AUTOR

Thomas Volk studierte Islamwissenschaft und Geschichte in Freiburg und absolvierte ein deutsch-türkisches Masterstudium in Ankara und Berlin. Er hatte einen Lehrauftrag am Seminar für Nahoststudien der Universität Basel und ist Koordinator Islam und Religionsdialog in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ANSPRECHPARTNER

Thomas Volk
Koordinator Islam und Religionsdialog
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030-26996-3593
thomas.volk@kas.de

IN DER REIHE „MONITOR RELIGION UND POLITIK“ SIND BISHER ERSCHIENEN

Kirchenasyl. Rechtsbruch oder Akt der Barmherzigkeit?

Burka-Verbote in Deutschland und Europa

Das neue Islamgesetz in Österreich. Impulse für die deutsche Debatte

Unheilige Allianzen – Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen

Deutsche Justiz und „Friedensrichter“ – Plädoyer für den säkularen Verfassungsstaat

Cyber Jihad. Multiple Sicherheits Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland

Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie – Herausforderungen dreißig Jahre nach Erscheinen der Demokratiedenkschrift

Fethullah Gülen: Reformtheologe oder Islamist?

Staatsleistungen an die Kirchen – Gerechtfertigtes Institut oder überholtes Relikt?

Versöhnte Gegenwart? Die deutsch-polnischen Beziehungen 50 Jahre nach dem Briefwechsel der katholischen Bischöfe von 1965

Der amerikanische Blick: Der Papst und die katholische Kirche im Herbst 2015

Wenn Sie regelmäßig den Monitor Religion und Politik zugeschickt bekommen möchten, wenden Sie sich bitte an Dr. Karlies Abmeier (karlies.abmeier@kas.de) oder Thomas Volk (thomas.volk@kas.de).